

Rationalisierung, Beschäftigung, Wirtschaftspolitik

Mario Helfert, Jahrgang 1937, studierte Sozialwissenschaften in Wilhelmshaven und Göttingen. Er ist wissenschaftlicher Referent im WSI. Veröffentlichungen zu technischem Wandel, Berufsbildung, Wissenschaftsforschung, Arbeitsbedingungen.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Bundesrepublik Deutschland, also die Summe aller erfaßten Güter, Dienste und Leistungen, übersteigt 1976 mit einem realen Wachstum von 5,4% gegenüber 1975 das BIP von 1973, dem Jahr vor dem Beginn der jetzigen Wirtschaftskrise, um ca. 2,7 %. Dieses Ergebnis wird aber erzielt mit einer Erwerbstätigenzahl, die 1976 um 1,6 Mill., d. h. über 6% geringer ist als 1973. Oder, bezogen auf die Arbeitslosigkeit: Während 1973 im Jahresdurchschnitt 273 000 abhängig Beschäftigte als arbeitslos erfaßt wurden, ist 1976 diese Zahl nicht unter eine Mill. gesunken, von der Kurzarbeit ganz abgesehen¹. Bei einer Produktivität von 1976 hätte das Sozialprodukt von 1973 mit einer um über 9% geringeren Anzahl der Beschäftigten erarbeitet werden können, die geringere Kapazitätsauslastung und geleistete Arbeitszeit 1976 gar nicht berücksichtigt. Die Arbeitszeit in der Industrie ist in der gleichen Zeit um rd. 16% zurückgegangen.

¹ Vgl. WiSta 2/1977; Statistisches Jahrbuch; Statistischer Wochendienst; Helfert, M., Beschäftigung und Produktivitätsfortschritt, Anmerkungen zur Politik der „Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit“, in: WSI-Mitteilungen, Hefte 4 und 5 1977.

In solchen Zahlen kommt zum Ausdruck, in welchem Umfang es der Wirtschaft, besonders der Industrie, in den letzten Jahren gelungen ist, durch technologische und organisatorische Rationalisierungsmaßnahmen die Produktivität zu steigern. Die Investitionstätigkeit der letzten Jahre reichte offensichtlich nicht aus, die Beschäftigung zu sichern und zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen; durch die vornehmlich durchgeführten Ersatz- und Modernisierungsinvestitionen konnten aber die Produktionskapazitäten in dem Maße erweitert werden, daß durch sie die Kapazitätsverluste, die infolge der Vernichtung von Arbeitsplätzen durch technische und organisatorische Umstellungen in den Betrieben sowie „Bereinigungen“ auf dem Markt (Konkurse, Konzentration) eingetreten sind, mehr als ausgeglichen wurden. Vergleichbare Entwicklungen lassen sich auch in den Büros und bei anderen Dienstleistungen beobachten.

Strukturwandel, technischer Fortschritt, Rationalisierung sind keine neuen Probleme der Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik. Sie waren gleichermaßen in der ganzen Nachkriegszeit anzutreffen, insbesondere nach dem Ende der Wiederaufbauphase seit den sechziger Jahren. Verändert haben sich aber die strukturellen, sozio-ökonomischen und politischen Bedingungen, unter denen die Rationalisierungs- und Innovationsmaßnahmen gegenwärtig vorangetrieben werden. Sie unterscheiden sich insbesondere in beschäftigungspolitischer Hinsicht in einigen entscheidenden Merkmalen von den Bedingungen der sechziger und der ersten siebziger Jahre.

Stagnation der Beschäftigung in allen Sektoren, abnehmendes Wachstum

Nach der Erreichung der Vollbeschäftigung in der Bundesrepublik Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre beruhte die Vollbeschäftigung auf einer stetigen Expansion des Produktions- und des Dienstleistungsbereiches². Seit Mitte der sechziger Jahre verändert sich die wirtschaftliche Situation in der Weise, daß der Anteil der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe³, dem sogenannten sekundären Bereich mit den höchsten Produktivitätssteigerungen, 1965 bei rd. 13 Mill. schwankte (prozentual zwischen 37,3 % und 38,9% der Erwerbstätigen) und in den letzten drei Jahren eine deutlich abnehmende Tendenz in absoluten Zahlen und prozentual zeigt. In der gleichen Zeit stieg der Index der industriellen Nettoproduktion von 78,6 1965 auf 111,7 1973 (1970 = 100; Industrie ohne Bauindustrie und öffentliche Energiewirtschaft) und die Arbeitsproduktivität je Arbeiterstunde von

2 Vgl. Glastetter, W., Die Vollbeschäftigungsgarantie — ein altes Problem in neuer Form; in: H.-A. Pfromm (Red.), Protokoll der IG-Metall-Tagung „Krise und Reform in der Industriegesellschaft“, Frankfurt 1976, S. 141 ff.

3 „Produzierendes Gewerbe“ umfaßt die Bereiche Industrie, Handwerk, Baugewerbe, Bergbau, Energie- und Wasserversorgung (also nicht Land- und Forstwirtschaft). Innerhalb des produzierenden Gewerbes werden besonders unterschieden: Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe. Die (verarbeitende) Industrie umfaßt dabei i. d. R. die Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes mit 10 und mehr Beschäftigten (Grundstoff- und Produktionsgüter-, Investitionsgüter-, Verbrauchsgüter- sowie Nahrungs- und Genußmittelindustrien).

76,0 (1965) auf 122,7 (1973) bzw. 134,0 (1975). Die Zahl der geleisteten Arbeiterstunden ging von 12 654 (1965) auf 11 144 (1973) bzw. auf 9331 Mill. (1975) zurück (d. h. um 11,9 bis 1973 bzw. gar 26,3% bis 1975)⁴. Das bedeutet, daß die Beschäftigung in diesem Bereich nur durch eine stete Expansion der Produktion und Investitionen, durch die die erzielten Produktivitätssteigerungen ausgeglichen wurden, gehalten werden konnte.

Im Dienstleistungsbereich (tertiärer Sektor) stagnierte im „Handel und Verkehr“ der Anteil der Erwerbstätigen zwischen 4,6 und 4,8 Mill. bzw. zwischen 17,6% und 18% der Erwerbstätigen; alleine in „sonstigen Wirtschaftsbereichen“, zu denen der öffentliche Dienst, Kreditinstitute und Versicherungen, Verbände, Parteien, Kirchen, private Haushalte und andere Dienstleistungen gezählt werden, nahm die Zahl der Erwerbstätigen stetig von 6,1 (1965) auf 7,3 Mill. (1975) bzw. von 22,9 % auf rd. 28 % der Erwerbstätigen zu. Vor allem die Expansion dieser Bereiche mit den geringsten statistisch gemessenen Produktivitätsfortschritten war also der Grund, daß die Rationalisierungs-, Intensivierungs- und Innovationsmaßnahmen trotz hohen Wachstums nicht schon vorher eine „Sockelarbeitslosigkeit“ ausgelöst haben⁵. Die gegenwärtige Stagnation des tertiären Sektors einschließlich der Industrieverwaltungen⁶ erschüttert damit die wesentlichen Voraussetzungen der Konzeption „Vollbeschäftigung durch Wachstum“.

Daß diese Entwicklung nicht nur vorübergehender, konjunktureller Natur ist, zeichnet sich in der BRD seit 1974 ab: Der deutliche Anstieg der Arbeitslosigkeit unter Angestellten im Vergleich zu 1967 ist hierfür ein unverkennbares Indiz. Nach einer Phase der Beschäftigungsexpansion im sekundären und tertiären Sektor (bei Schrumpfung der Land- und Forstwirtschaft), dann der Ausdehnung allein der Dienstleistungen nimmt die Beschäftigung in allen drei Bereichen ab bzw. stagniert. Bei ungebrochenen, ja intensivierten Produktivitätsfortschritten in allen Wirtschaftszweigen entsteht dadurch, trotz Wachstums, eine „Sockelarbeitslosigkeit“, d. h. Unterbeschäftigung oder genauer „industrielle Reservearmee“, die nicht einmal in konjunkturellen Spitzen abgebaut und als ein gesellschaftspolitisches Druckmittel gegen Gewerkschaften, ihre Forderungen und beschäftigte Arbeitnehmer eingesetzt wird. Die Tendenz zur Abnahme der Beschäftigung und Schrumpfung des Erwerbsbereiches wird dabei in fast allen westlichen Industrieländern sichtbar, z. T. noch stärker als in der Bundesrepublik.

Den beschleunigten, zumindest nicht geringer gewordenen Rationalisierungs- und Produktivitätsfortschritten in fast allen Bereichen steht ein abnehmendes

4 Vgl. Statistisches Jahrbuch 1976, S. 235, 248 und 253.

5 Neben dieser Ausdehnung der Dienstleistungen spielte dabei die tarifliche Verkürzung der Arbeitszeit sowie der Rückgang der Erwerbsquote eine entscheidende Rolle.

6 Vgl. Briefs, U., Arbeitslosigkeit unter Angestellten, in: WSI-Mitteilungen 2/1976, S. 84ff.; sowie 4/1977, S. 223 ff.

Wachstum des Sozialproduktes gegenüber. Diese Trends werden durch die konjunkturellen Zyklen überlagert, so daß beispielsweise in der Krise die Beschäftigungsprobleme durch die Stagnation des Wachstums, ja Rückgang des Sozialprodukts und verstärkte Rationalisierungsbemühungen noch zusätzlich verschärft werden.

Beschäftigung 1973–1976

	1973	1974	1975	1976	Veränderungen 1973–1976
<i>Erwerbstätige</i> im Inland, insg. in 1000	26659	26164	25303	25046	
(1) Veränderung gegenüber Vorjahr in 1000	+ 67	-495	-861	-257	-1613
(2) Veränderung gegenüber Vorjahr in vH	+ 0,3	- 1,9	- 3,3	- 1,0	- 6,1
<i>Abhängig Beschäftigte</i>	22511	22101	21373	21220	
(1)	+139	-410	-728	-153	-1291
(2)	+ 0,6	- 1,8	- 3,3	- 0,7	- 5,7
davon:					
Produzierendes Gewerbe ¹⁾	8368	8144	7616	7428	
(1)	+ 28	-224	-528	-188	- 940
(2)	+ 0,3	- 2,7	- 6,5	- 2,5	- 11,2
<i>geleistete Arbeiterstunden</i> im produzierenden Gewerbe in Mill. ¹⁾	11144	10445	9331	9392	-1752
Veränderung in vH	- 0,6	- 6,3	- 10,7	+ 0,7	- 15,7
<i>Produktivität</i> je Arbeiterstunden in der Ind. ¹⁾ (1970 = 100)	122,7	128,3	134	144,2	+ 21,5
<i>Arbeitslose</i> in 1000 in vH der Beschäftigten	273,5 1,2	582,5 2,6	1074,2 4,7	1060,3 4,6	+ 786,8 + 287,7
<i>Bruttoinlandsprodukt</i> in Preisen von 1962 (Mrd. DM)	593,0	597,3	577,8	609,0	+ 16
Veränderung in vH	+ 5,1	+ 0,7	- 3,3	+ 5,4	+ 2,7

1) ohne Bauindustrie, Energie- und Wasserversorgung; Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten

1976 z. T. vorläufige Ergebnisse

Quellen: Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1 Konten und Standardtabellen 1975; Statistisches Jahrbuch; WiSta; Statistischer Wochendienst; eigene Berechnungen

Vorrang von Rationalisierungsinvestitionen

Die betriebliche Seite jener grob skizzierten volkswirtschaftlichen Zusammenhänge stellen bestimmte Strategien und Handlungsweisen von Unternehmen dar, mit denen sie ihre Interessen durchzusetzen versuchen. Die ökonomischen Bedingungen der letzten Jahre, Verschärfung des (internationalen) Wettbewerbs, Rückgang der Nachfrage, Kostendruck durch Verteuerung von Rohstoffen und Inflation usw. lösten spezifische Anpassungsreaktionen der Unternehmungen aus mit dem Ziel, die Kosten einzusparen und die Kapazitäten (Produktion, Beschäftigung) an die veränderten Marktbedingungen anzupassen, „herunterzufahren“. Das Problem und Thema Nr. 1 der Wirtschaft sind Kosteneinsparungen und Rationalisierung in Produktion und Verwaltung.

Die Investitionstätigkeit der letzten Jahre in der Bundesrepublik ist gekennzeichnet durch einen realen Rückgang der Investitionen insgesamt, insbesondere der Bauinvestitionen, und einen zunehmenden Anteil der Ausrüstungsinvestitionen (Maschinen, technische Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattungen). Darin wiederum überwiegen bei weitem Rationalisierungs- und Modernisierungsinvestitionen⁷. Die Folge davon zeigt sich in steigender Arbeitsproduktivität und einer nicht vollen Auslastung von Produktionskapazitäten (trotz Vernichtung von Arbeitsplätzen und Produktionsstätten durch Konkurse und Konzentration). Die Lohnstückkosten je Produkteinheit in der Industrie sind seit 1975 erstmals nach 1968 wieder gefallen⁸. Diese Indikatoren können aber den Umfang der Rationalisierungsmaßnahmen sowie ihre Auswirkungen auf Beschäftigung und Arbeitsbedingungen in einzelnen Branchen und Betrieben nur unzureichend erfassen.

Die personalpolitische Seite dieser Entwicklung stellen Strategien der Unternehmen dar, nach Möglichkeit mit konstanten, ja schrumpfenden Stammebelegschaften zu arbeiten. Kurzfristige Produktionsschwankungen werden dabei durch Überstunden, Sonderschichten und Kurzarbeit ausgeglichen. Längerfristige Ausweitung der Kapazitäten wird — von Ausnahmen abgesehen — nicht durch Schaffung neuer Arbeitsplätze, sondern vor allem durch Rationalisierungsinvestition und Intensivierung individueller Arbeitsanforderungen erreicht. Entstehen dabei neue Arbeitsplätze, so werden sie weitgehend durch interne Umsetzungen besetzt. Herkömmliche Mittel der Arbeitsmarktpolitik werden gegenüber solchen Strategien unwirksam⁹.

Grenzen der Globalsteuerung

Die konjunkturelle Krise 1966/67 sowie die seit 1974 zeigen, daß die Konzeption der „Vollbeschäftigung durch Wachstum“ von verschiedenen Seiten erschüttert werden kann bzw. worden ist. Die Krise 1966/67, obwohl sie durch die starke Zunahme der Investitionen (Überakkumulation) in vorangegangenen Jahren bedingt war, kann im Vergleich zur gegenwärtigen fast als ein wirtschaftspolitischer „Betriebsunfall“ angesehen werden, der im wesentlichen auf eine staatliche Fehlsteuerung und den durch sie hervorgerufenen Rückgang der inländischen Nachfrage ausgelöst wurde¹⁰.

7 Vgl. Ifo-Schnelldienst 33/76.

8 Vgl. DIW-Wochenbericht 38/76, S. 351 ff.; FAZ vom 19. 2. 1976.

9 Vgl. z. B. Weltz, F., Betriebliche Beschäftigungspolitik und Verhalten der Arbeitskräfte, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 1/1976, S. 9ff.; Die Experten sind ratlos, in: *Die Zeit* Nr. 44 vom 24. 10. 1976, S. 19; Auf dem Weg zu neuen Arbeitsstrukturen, *Standeschrift des RKW-Kongresses „Menschengerechte Arbeit“*, 1976 in Essen; Lutz, B. u. a., *Arbeitswirtschaftliche Modelluntersuchung eines Arbeitsmarktes*, Zusammenfassung, Frankfurt 1973, insb. S. 50 ff.

10 Glastetter, W., *Die Vollbeschäftigungsgarantie . . .*, a.a.O.

Die Situation seit 1974 zeigt demgegenüber einige grundsätzliche Unterschiede; entscheidend ist dabei gegenwärtig der Rückgang der Auslandsnachfrage infolge der Wirtschaftskrise in fast allen westlichen Industrieländern. Dieser Exporteinbruch hat dabei die Wirksamkeit staatlicher Instrumente beschränkt und spezifische Reaktionen der Unternehmen ausgelöst.

Die konjunkturelle „Talfahrt“ ist durch die Restriktionspolitik der Bundesbank und einige wirtschaftspolitische Maßnahmen anfänglich beschleunigt und verstärkt worden; die Krise kann aber insgesamt nicht „politisch“, etwa durch eine „willkürlich“ heraufbeschworene Ölkrise bzw. „Versagen“ von Regierung und sozialer Gruppen auf der Verteilungsseite („Überforderung der Wirtschaft“) erklärt werden. Ihr langfristiger und weltweiter Charakter spricht vielmehr dafür, daß sie auf immanente Gesetzmäßigkeiten der marktwirtschaftlich gesteuerten Wirtschaften zurückzuführen ist, in deren Rahmen übrigens auch das Handeln des Staatsapparates im Wirtschaftsprozess interpretiert werden muß. Die gegenwärtige Situation beruht vor allem darauf, daß in der Zeit vor dem „Konjunkturunbruch“ 1974 solche Produktionskapazitäten geschaffen worden sind, für die der Höhe und Struktur nach keine ausreichende Nachfrage aus dem In- und Ausland vorhanden ist. Das hatte zur Folge: Einschränkung der Investitionstätigkeit und ihre Ausrichtung auf Modernisierungs- und Ersatzinvestitionen (starker Rückgang der Bauinvestitionen), Verringerung des Wachstums, Verschärfung des internationalen Wettbewerbs, Arbeitslosigkeit u. a. m.

Gegenüber diesen Bedingungen zeigen sich bei den gegebenen wirtschaftspolitischen Instrumenten des Staates, und das sind vor allem Globalsteuerung der Nachfrage, Bereitstellung von Infrastrukturen und indirekte Einflußnahme über Subventionen, deutlich die Grenzen ihrer Wirksamkeit.

Der Rückgang ausländischer Nachfrage und Investitionstätigkeit kann durch die Globalsteuerung nicht oder nur teilweise kompensiert werden (z. B. auf dem Gebiet des privaten und öffentlichen Baus). Eine derartige Politik würde zudem auch die finanziellen Mittel des Staates überfordern. Der Staat kann nur in geringem Maße die Nachfrage so beeinflussen, daß sie in ihrer Struktur den vorhandenen Produktionskapazitäten entspricht und z. B. in strukturschwache Branchen umgelenkt wird. Ebenso wenig kann er im erforderlichen Umfang die (nationale und internationale) Einkommensverteilung so beeinflussen, damit von der Seite eine Nachfragebelebung in bestimmten Bereichen hervorgerufen wird.

Die Reichweite staatlicher Instrumente ist trotz internationaler Zusammenschlüsse noch immer weitgehend durch die nationalstaatlichen Grenzen begrenzt und entspricht daher nicht den weltweiten Handlungsmöglichkeiten der multinationalen Konzerne.

Die Globalsteuerung kann nicht verhindern, daß die beabsichtigten Beschäftigungseffekte staatlicher Ausgaben durch die Preis- und Investitionspolitik der Unternehmen konterkariert wird, z. B. durch (ungewollt?) geförderte Rationalisierungsinvestitionen.

Durch verstärkte Rationalisierung zu Vollbeschäftigung?

Die Wirtschaftspolitik steht offensichtlich vor einem Dilemma: Einerseits können einzelne Unternehmen und die Volkswirtschaft insgesamt wegen nicht ausreichender Innovation und Wettbewerbsfähigkeit Einbußen an den in- und ausländischen Märkten erleiden und damit Arbeitsplätze gefährdet werden; andererseits werden durch Maßnahmen, die die Konkurrenzfähigkeit und Produktivität erhöhen sollen, ebenfalls Arbeitsplätze vernichtet und Produktionskapazitäten ausgeweitet, ohne daß die Beschäftigungssituation verbessert zu werden braucht (von den Auswirkungen auf andere Lebens- und Arbeitsbedingungen ganz abgesehen). Die vorherrschende wirtschaftliche Konzeption geht davon aus, durch Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit und Schaffung neuer Märkte könnten die Nachfrage aus dem In- und Ausland, die Gewinne und Gewinnerwartungen in dem Umfang erhöht und stabilisiert, die Investitionen und Produktionskapazitäten in dem Maße erweitert werden, daß die durch die gleiche Politik hervorgerufenen Freisetzungen nicht nur kompensiert würden; darüber hinaus würden solche Wachstumsraten erreicht, daß die gegebenen Beschäftigungsprobleme, insbesondere die „Sockelarbeitslosigkeit“ und das Ansteigen der Zahl der Erwerbspersonen, gelöst werden können. Eine überdurchschnittliche Expansion der Produktion, wenn nicht sogar der Beschäftigung im sekundären (industriellen) Bereich wäre hierfür die Voraussetzung.

Die Wirtschaftspolitik entscheidet sich demnach zunächst für die Verbesserung der Verwertungsbedingungen, d. h. Gewinne. Die Verbesserung der Beschäftigungssituation wird zu einem erhofften Nebenergebnis. Es ist die Konzeption des „großen Aufschwungs“, bei der nicht nach der Qualität des Wachstums, sondern nur nach der Höhe der Wachstumsraten gefragt wird. Und dieser Aufschwung müsse erst „wieder einmal“ (wie in den fünfziger und sechziger Jahren) erreicht werden, damit die anstehenden und durch diese Politik geschaffenen neuen arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitischen Probleme „gelöst“ werden können. Ihr Erfolg ist nicht primär von dem politischen Willen abhängig; vielmehr, weil diese Politik zunächst auf die Verbesserung der Verwertungsbedingungen ausgerichtet und auf die Umsetzung durch die nicht in Frage gestellten Verwertungsprozesse angewiesen ist, entscheiden letztlich über ihren Erfolg oder Mißerfolg die Gesetzmäßigkeiten des Marktes und die Handlungen der Unternehmen. Die Zielsetzung der Investitionstätigkeit läßt erkennen, welche Beschäftigungssituation in den nächsten Jahren zu erwarten ist.

Hinzu kommt, daß die private Forschung sowie staatliche Forschungs- und Innovationsförderung gegenwärtig zu einem wesentlichen Teil gerade auf die Entwicklung und Anwendung von Rationalisierungstechnologien zielen, durch die die vorhandenen Arbeits- und Produktionsprozesse flexibler und kostengünstiger gestaltet werden sollen. Durch solche Vorhaben werden also nicht Produkte entwickelt, die ein extensiveres Wachstum und eine Ausweitung der Beschäftigung ermöglichen würden, vielmehr gerade solche, durch die u. a. Arbeit eingespart und Arbeitsplätze vernichtet werden. Die Rationalisierungstechnologien und neue arbeitssparende Fertigungsverfahren selbst sollen also noch stärker als bisher ein Markt werden. Ihre Herstellung ist wiederum eine der am höchsten mechanisierten und automatisierten, so daß sie mit Sicherheit nicht die Freisetzungseffekte kompensieren kann, die die Anwendung dieser Techniken in anderen Bereichen hervorruft.

Diese Politik, als „Modernisierung der Wirtschaft“ oder „wachstumpolitische Vorsorge“ (Sachverständigenrat) bezeichnet, läuft zumindest kurz- und mittelfristig darauf hinaus, jene Maßnahmen gezielt zu fördern, die von den Unternehmen in der gegenwärtigen Krise schon verstärkt und konsequent vorangetrieben werden: Rationalisierung und andere Möglichkeiten der Kosteneinsparung und Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit im In- und Ausland. Die durch staatliche Kaufkraftschöpfung, Investitionshilfen, Forschungs- und Innovationspolitik beabsichtigten Beschäftigungseffekte werden durch die Freisetzungseffekte der durch die gleichen Maßnahmen geförderten Rationalisierungen und Produktivitätsfortschritte weitgehend aufgezehrt, wenn nicht sogar übertroffen. Die Einkommen, die infolge der Arbeitslosigkeit ausfallen, verringern zudem zusätzlich die staatliche Nachfragebelegung.

Politische Seite der Krise

Man kann nicht sagen, daß die Politik der „Wachstumsvorsorge“ und „Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit“ in ihrer Weise nicht folgerichtig sei. Sie entspricht den vorhandenen wirtschaftlichen Instrumenten und Einflußmöglichkeiten des Staates auf das Wirtschaftsgeschehen. Das gesellschaftspolitische Problem ist, daß keine anderen Instrumente und beschäftigungspolitischen Alternativen entwickelt werden, die ein anderes Handeln gegenüber der Krise ermöglichen würden. Die jetzt einsetzbaren Instrumente bestimmen, welche sozio-ökonomischen Faktoren vom Staat überhaupt und in welcher Weise angepackt werden können, welche den Unternehmensentscheidungen und dem Spiel der Marktkräfte überlassen bleiben. Dadurch werden von vornherein die Lasten der Krise eindeutig verteilt: zuungunsten der Arbeitnehmer und der Beschäftigung.

Der Kern dieser Konzeption ist, daß die privatwirtschaftlichen, nach Rentabilitäts Gesichtspunkten handelnden Unternehmen eigenen quasi naturwüchsigen Sachgesetzmäßigkeiten und -zwängen unterworfen seien. Ihnen gegenüber bedarf es keiner

direkten Einflüsse des Staates und der Gesellschaft, nicht einmal einer breiteren öffentlichen Information. Entsprechend bedarf es auch keiner derartigen wirtschaftspolitischen Instrumente, es sei denn der systemkonformen marktwirtschaftlichen Global- und indirekten Steuerung, durch die ein bestimmter Rahmen gesetzt, aber die privatwirtschaftliche Autonomie grundsätzlich nicht angetastet wird. Ökonomische Krisen, Arbeitslosigkeit und Inflation seien demgemäß nicht etwa auf immanente Gesetzmäßigkeiten der Marktprozesse und des unternehmerischen Handelns zurückzuführen, sondern auf externe Störungen, vor allem auf das „Fehlverhalten“ des Staates und der Gewerkschaften auf der Verteilungsseite. Das sei dann der Fall, wenn beim Ausbau von öffentlichen und sozialen Leistungen, in der Einkommensumverteilung, gewerkschaftliche Lohnpolitik gegen die „Sachzwänge“ des Marktes verstoße, die Konkurrenzsituation und die Gewinninteressen der Unternehmen nicht hinreichend berücksichtigt werde. Konsequenterweise wird vom Staat verlangt, daß er diese möglichen „Störfaktoren“ an die Bedingungen der Verwertungsprozesse anpaßt und seine Mittel und Instrumente demgemäß einsetzt.

Ein Aspekt dieser Politik sind die globalen Konjunkturmaßnahmen und die finanzielle Förderung der Wettbewerbsfähigkeit (Rationalisierung und Innovationen). Ein anderer die Forderung, daß sich auch andere Staatstätigkeiten (z. B. öffentliche Investitionen, Reformen, Steuern, Sozialausgaben usw.) „ökonomischen Sachzwängen“, d. h. Interessen der Wirtschaft, unterordnen müssen, damit größere Investitionsbereitschaft, höheres Wachstum erreicht und Arbeitslosigkeit abgebaut werden könne. In diesem Zusammenhang werden außerdem von neokonservativen Kräften politisch-rechtliche Instrumente und Formeln entwickelt, durch die ggf. derartige Maßnahmen, insbesondere die Veränderung der Einkommensverteilung zugunsten der Gewinne, politisch und ideologisch gestützt und abgesichert werden sollen. Die Formeln von gewerkschaftlicher Übermacht, Gemeinwohlverpflichtung der Verbände¹¹, Sozialfeudalismus, Anspruchsinflation, neuem „Klassengegensatz zwischen Arbeitsplatzbesitzern und -nichtbesitzern usw. zeigen deutlich, gegen wen sie gerichtet sind. Zu solchen Einsichten gehören auch die Versuche, die Vollbeschäftigung „neu zu definieren“ und damit die „Sockelarbeitslosigkeit“ als normal oder unvermeidlich hinzustellen.

Wegen des Fehlens von alternativen Einflußmöglichkeiten auf das Wirtschaftsgeschehen wirkt sich die Krise zugunsten der Kräfte aus, die die bestehenden gesellschaftlichen Strukturen aufrechterhalten, ja, die die erkämpften Rechte und Positionen der Arbeitnehmer und Gewerkschaften zurückdrängen wollen. Gewerkschaftliche Handlungsmöglichkeiten allgemein sowie gegenüber der Krise und negativen Folgen von Rationalisierungsmaßnahmen werden dadurch unmittelbar betroffen.

¹¹ Vgl. hierzu das Sonderheft der WSI-Mitteilungen „Gewerkschaftsstaat oder Unternehmerstaat“ (August 1976), insb. die Beiträge von Seitzzahl, Zachert und Helfert.

Konsequenzen für Arbeit und Beschäftigung

Aufgrund der genannten Rahmenbedingungen ergeben sich folgende Ansätze zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zur Sicherung der Beschäftigung:

Staatliche Maßnahmen

- Ausweitung des tertiären Sektors, besonders der arbeitsintensiven, nicht automatisierbaren „sozialen Dienste“; Bildung und Fortbildung, Vorsorge, Betreuung von sozial benachteiligten Gruppen. Dabei stellen sich nicht nur Probleme der Verteilung von Einkommen und Ressourcen; gleichermaßen müssen auch institutionelle und strukturelle Probleme gelöst werden, die einer Ausweitung und einer optimalen Gestaltung des tertiären Sektors im Wege stehen können;
- Einkommensumverteilung, damit die nicht befriedigten gesellschaftlichen Bedürfnisse nachfragewirksam werden können;
- traditionelle Konjunktursteuerung und Strukturpolitik
- volkswirtschaftliche Verknappung des Arbeitsangebots, z. B. durch Verlängerung der Ausbildung und Vorverlegung des Rentenalters.

Gewerkschaftliche Maßnahmen

- Verhinderung weiterer Intensivierung der Arbeitsanforderungen;
- Rationalisierungsschutz;
- Verhinderung einer zu weitgehenden Flexibilisierung der Arbeitszeit (Überstunden, Sonderschichten, Kurzarbeit, Teilzeitbeschäftigte), durch die die Produktions- und Nachfrageschwankungen zu Lasten der Beschäftigten ausgeglichen werden, ohne daß zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden;
- Ausbau des Kündigungsschutzes für alle Beschäftigtengruppen.